

AKTUELL

KRISE

Der unsichere Weg

Richard Graf

Explodierende Kurzarbeit, wachsende Arbeitslosigkeit, brüchiges Bankgeheimnis: Das Luxemburger Krisenmanagement bereitet auf unliebsame Veränderungen vor.

Schon anlässlich der Budgetdebatten Ende 2008 wussten die Luxemburger Politakteure, dass das Zahlenmaterial, auf dessen Basis sie ihre Politik für die nächsten zwölf Monate festlegen wollten, eigentlich nur Makulatur war. Dennoch wollte man nicht am Ausgabenkatalog rütteln, um der schwächelnden Konjunktur nicht das Wasser abzugraben und so die Krise noch zu verschärfen. Knapp drei Monate später bilanziert der Premier vor der Presse: Das Ende ist noch nicht in Sicht, Luxemburg wird im zweiten Halbjahr 2009 weiter in die Rezession abrutschen. Kommt jetzt, nach dem aufgesetzten Zweckoptimismus Ende 2008, eine Art „Zweckpessimismus“, um den Hiobsbotschaften, die sich bis zu den Wahlen im Juni weiter häufen werden, vorzugreifen?

Wenn innerhalb eines Monats die Arbeitslosigkeit um rund ein Zehntel anwächst, dann leidet darunter auch das Image der allgemein als „wirtschaftskompetent“ eingeschätzten CSV einschließlich ihres Premiers. 12.978 Personen waren im Januar beim Arbeitsamt als arbeitssuchend eingeschrieben. Die Arbeitslosenquote war damit auf 5,5 Prozent angestiegen. Ein Jahr zuvor war rund ein Viertel weniger Menschen arbeitslos. Dabei trägt diese Statistik nur den in Luxemburg ansässigen Arbeitslosen Rechnung, die arbeitslosen „Frontaliers“ werden in ihren jeweiligen Heimatregionen erfasst.

Schlimmer noch ist die Situation bei der Kurzarbeit: Waren im Januar 4.082 Arbeitnehmer zur Kurzarbeit angemeldet, so wurden für März bereits 9.210 Anträge genehmigt. Betroffen sind vor allem Produktionsbetriebe, allen voran die Zulieferer für die Automobilindustrie. Die Zahl der KurzarbeiterInnen wäre noch höher, wenn die Genehmigungskriterien weniger streng definiert wären. Bei Kurzarbeit übernimmt der Staat einen (Groß-)Teil des Lohnausfalls. Je nach Kollektivvertrag arbeiten die Angestellten dann weniger, behalten aber ihr Grundgehalt, allerdings abzüglich der sonst üblichen Überstunden- und Prämienzulagen. Diese Maßnahme

wird derzeit aber nur bewilligt, wenn ein Betrieb aus konjunkturellen Gründen vorübergehend Absatzschwierigkeiten hat und deshalb in eine Notlage zu gelangen droht. Daher sind es vor allem Produktionsbetriebe, die von dieser Maßnahme profitieren.

Kurzarbeit wie Arbeitslosigkeit bedeuten aber vor allem steigende Kosten für die Allgemeinheit und Ausfall von Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen. Sie führen also unweigerlich zu höheren Staatsausgaben, bei verminderten Einnahmen. Als Korrektiv hierfür wurde seinerzeit der Solidarzuschlag erfunden: Die noch (gut) verdienenden Arbeitnehmer zahlen eine „Steuer auf die Steuer“, die dann dem Beschäftigungsfonds zur Verfügung steht, der mit ihr Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und arbeitsfördernde Maßnahmen finanziert. Ein Modell, das zwar an den Nettolöhnen kratzt, von den Gewerkschaften aber wegen seines sozialen Charakters akzeptiert wird: Wer wenig oder keine Steuern zahlt, bleibt auch beim Solidarzuschlag weitgehend ungeschoren. Wer gut verdient und entsprechend mehr Steuern zahlt, kann womöglich den Solidar-Obolus besser verkraften. Pech für den Finanzminister, dass das Drehen an der Steuerspirale nicht nur die Steuereinnahmen insgesamt hat absinken lassen, sondern dass die Berechnungsbasis für den Solidarzuschlag nun ebenfalls kontinuierlich dahinschwindet.

Gänzlich düster zeichnet Juncker die Zukunft allerdings noch nicht: Mit Entlassungen im Finanzsektor im großen Stil wird nicht gerechnet. Bei den Banken gilt - trotz immer höher werdender Verlustmeldungen der internationalen Zentralen - der Zweckoptimismus also immer noch. Selbst die Breitseiten, die unsere kleineren und größeren Nachbarn gegen das bis dahin tabuisierte „Bankgeheimnis“ abfeuern, regen den Premier nicht mehr auf. Der Finanzplatz werde sich neu aufstellen und ohne Bankgeheimnis sogar an Glaubwürdigkeit gewinnen. Diese Erkenntnis kommt spät und vor allem erst, nachdem die Schweizer Ähnliches haben verlaun lassen. Ob es der CSV und ihrem zur Auswahl bereitstehenden Koalitionspartner nach Jahren der Verweigerung wohl gelingt, die gesetzgeberischen Verfahren schnell genug in Gang zu bringen, um Ersatz für diese lieb gewordene Nische zu finden?

SHORT NEWS

Asoziale „chèques-service“

Neben dem Chaos bei der Vorbereitung und dem fragwürdigen Prinzip Sozialleistungen nicht mehr in Form von Geld, sondern durch zweckbestimmte Bons zu verteilen, werden die „chèques service“ für Kinderbetreuung auch die soziale Ungerechtigkeit in bestimmten Fällen erhöhen. Das rechnet die Internetzeitung „goosch.lu“ an einigen Fallbeispielen vor. Da früher nach Einkommen gestaffelte Preise für die Betreuung von Kindern gegolten haben, führen die jetzt vom Staat finanzierten drei Gratisstunden pro Kind und Woche zu ganz unterschiedlichen Ersparnissen. Da jede weitere Stunde mit einem festgesetzten Stundentarif verrechnet wird, kann es sogar dazu kommen, dass Niedrigverdiener mehr zahlen müssen als vorher, während sich für Besserverdiener Ersparnisse von mehreren Hundert Euro im Monat errechnen lassen. Zwar können Sozialschwache eine weitergehende Förderung der Kinder beantragen, um so deren soziale Ausgrenzung zu verhindern. Doch geht dies einher mit einer Offenlegung ihrer Einkommen und der sich daraus ergebenden Stigmatisierung. Eine Lösung wäre die Kinderbetreuung gänzlich durch die öffentliche Hand zu finanzieren. Doch dann würde sich schnell herausstellen, dass es viel zu wenige Betreuungsplätze gibt. Insofern sind die „chèques-services“ reine Augenwischerei: Sie verlagern einen Teil der Betreuungskosten hin zum Staat, schaffen aber keinen einzigen neuen Betreuungsplatz. Demnach: Ein Wahlgeschenk, das keines ist.

Retour de veste

Si l'opportunisme politique tuait, il n'y aurait pas besoin d'une loi sur l'euthanasie pour se débarrasser de l'ADR. Cette semaine, il présenta ses « dix thèses pour la fonction publique », lançant officiellement son offensive à l'endroit des électeurs des fonctionnaires. Ancien chantre de la privatisation tous azimuts, l'ADR « nouveau » veut désormais « améliorer les conditions de travail » des fonctionnaires. Il se prononce également contre la privatisation de la poste (ce qui est nouveau), ainsi que contre celle de l'enseignement - contrairement à ce qu'il prétend dans son programme fondamental. Pas trop courageux, il refuse de se prononcer concrètement sur la révision des salaires dans la fonction publique, préférant attendre la « publication de l'étude ». Dans le numéro 843, nous avons déjà publié un article précurseur, signalant le rapprochement idéologique de l'ADR avec la CGFP. Normal : l'ADR n'a pas d'autre principe que d'aller à la pêche aux électeurs. Et se priver de la manne de suffrages de la fonction publique serait bien trop dommage. Aux fonctionnaires de voir, en juin, s'ils désirent renforcer leurs bouchers potentiels. Car, quoi qu'il en dise, l'ADR reste un parti profondément ultralibéral.

woxx@home

Trop de principes tuent les principes.

Ah, ils sont beaux les journalistes du woxx ! Alors, ça passe ses journées à mettre tout en question, à être supercritique envers plus ou moins l'ensemble des choses, à expliquer comment sauver le monde, la classe ouvrière, l'environnement et les jardins individuels, et à la moindre occasion, ça se montre aussi flexible dans ses principes, qu'Asselborn avec le respect de la langue allemande. Ainsi, à la lecture d'un article très critique d'une collègue au sujet de la prime « écologique » sur les anciennes voitures amenées à la casse, le woxxie s'est dit : « Certes, cette prime c'est de la foutaise, comme tu l'as si bien écrit. Mais 1.500 euros de réduction, c'est quand même pas si mal ... ». Devinez : depuis trois jours, un rédacteur roule fièrement dans une voiture flambant neuve. Les principes valent toujours plus quand ils ne rapportent rien.